

RUSSLANDS EINFLUSSNAHME IN OSTMITTELEUROPA

Erfolgreich – auch dank westlicher Ignoranz *von Oliver Jens Schmitt*

Der russische Staatspräsident Wladimir Putin stattete den ersten Auslandsbesuch nach seiner Wiederwahl der Republik Österreich ab. In einem Fernsehgespräch mit dem ORF bestritt er jedweden Versuch, die Europäische Union zu schwächen. So kühn die Aussage anmuten mag, so wird sie doch vielerorts auf Anklang stossen. In etlichen EU-Staaten, so kürzlich in Italien und Österreich, sind russlandfreundliche Parteien an die Regierung gelangt.

Der russische Einfluss ist nicht mehr auf rechtsextreme und nationalistische sowie europaskeptische Parteien begrenzt. Russlands Arm reicht in Mitteleuropa auch in sozialdemokratische, liberale und konservative Parteien hinein. Frühere westliche Spitzenpolitiker arbeiten für Gazprom oder russische Oligarchen. Wie aber betrachten jene Länder, die sich vor rund drei Jahrzehnten von der sowjetischen Herrschaft gelöst haben, den steigenden Einfluss Moskaus?

Fluchtkrise als Zeitenwende: Der Versuch einer Bilanz muss von der Zäsur des Jahres 2015 ausgehen. Bis zur Migrations- und Fluchtkrise vor drei Jahren wurde in der EU nicht von West und Ost gesprochen. Die Osterweiterung schien geglückt. Diese hatte 2004 mit der Aufnahme der baltischen und der ostmitteleuropäischen Staaten begonnen und war 2007 bis 2014 mit drei südosteuropäischen Staaten fortgeführt worden. Lediglich der Westbalkan harrete noch der Integration.

2015 wurde deutlich, dass die Frage des Umgangs mit Migranten und Flüchtlingen die neuen Mitgliedstaaten auf der einen, die Europäische Kommission und die deutsche Regierung auf der anderen Seite trennte. In der Debatte gelangten Werte- und Geschichtsvorstellungen an die Oberfläche, die während der Beitrittsverhandlungen nicht behandelt worden waren. Die Gesellschaften Ostmitteleuropas empfanden sich als Europäer zweiter Klasse; dass ihnen internationale Grosskonzerne Produkte anboten, die minderer Qualität waren als jene in Westeuropa, passte für sie ins Bild.

Gefühl des Zurückgestossenwerdens: Dieses Gefühl des Zurückgestossenwerdens, das im Westen des Kontinents in seinem Ausmass nicht begriffen wurde, entwickelte sich rasch zu einem der wirksamsten Instrumente russischer Einflusspolitik. Russland verfolgt im Gegensatz zu den unter sich uneinigten Staaten der EU eine klare aussenpolitische Strategie. Diese zielt nicht nur auf die Hegemonie in früher sowjetischem Staatsgebiet ab, sondern auch

auf die ehemaligen Satellitenstaaten, die unter dem Schirm von Nato und EU stehen. Die Erschütterung demokratischer Systeme in den europäischen Kernländern ist wesentlicher Bestandteil dieser Strategie. Ostmitteleuropa soll sich nicht nur soziokulturell entfremdet fühlen, sondern auch militärisch ungeschützt, isoliert und ohne festen Rückhalt durch einen fragmentierten Westen.

Russland hat, so steht oft zu lesen, ausser **Gas** und **militärischer Einschüchterung** wenig zu bieten. Diese Feststellung mag **bis 2015** zutreffend gewesen sein. Mittlerweile ist sie falsch. Russland besitzt sehr wohl **«soft power»**:

Seine antiwestliche Propaganda verfängt. Hier der moralisch dekadente Westen, **entfernt von seinen kulturellen Wurzeln**, beherrscht von Gier, Egoismus und Genderideologie, überrannt von Migranten aus der islamischen Welt – Russland als Verteidiger einer christlichen Kultur und der Familienwerte.

Im Westen wird die Kraft dieser Propaganda unterschätzt. Da die EU selbst auf eine Politik von Werten setzt, die besonders in der Gesellschaftspolitik nicht überall unbestritten sind, öffnet sie eine verwundbare Flanke. Sie versucht, einen Mentalitätswandel zu erzwingen, der auch in Kernländern der EU Jahrzehnte gedauert hat.

Uneinheitliches Vorgehen der EU: Führende Politiker Ostmitteleuropas haben diesen Fehler begriffen und für sich ausgenutzt. Viktor Orban wurde zu einem Wortführer, der sich, ausgehend von einer nicht immer unberechtigten Kritik an der Berliner Politik, zu einem Fürsprecher eines autoritären Systems und zu einem Türöffner des russischen Einflusses radikalisiert hat. In Rumänien organisiert die orthodoxe Kirche derzeit ein homophob motiviertes Referendum für Familienwerte und stösst auf Anklang bei vielen Menschen, welche die zahlreichen Moralskandale ebendieser Kirche verdrängen. Russische Trolle nützen auf dem Internet jede Gelegenheit, den kulturellen und mentalen Gegensatz innerhalb der EU zu vertiefen.

Da, wo die EU aber im Gegensatz etwa zur Genderpolitik rasch breite Mehrheiten in den neuen Mitgliedstaaten hinter sich scharen könnte, bleibt sie unentschlossen und schwach. Den Konflikt um Rechtsstaatlichkeit führt die Kommission mit Polen und Ungarn, kaum aber mit Rumänien, dem lange Zeit einzigen Vorzeigebispiel in der Korruptionsbekämpfung. Auf die Zerschlagung des Rechtsstaats durch Bukarester Oligarchen reagiert Brüssel mit Stille.

Das A und O der Institutionen: Diese Uneinheitlichkeit flösst wenig Vertrauen ein. Dabei sind funktionierende Institutionen die Grundlage für Rechtsstaatlichkeit. Sie

schaffen auch jenes Vertrauen in den Staat, das gerade in den neuen Mitgliedstaaten nach Jahrzehnten der Diktaturerfahrung fragil ist. Derzeit rächt sich die Art und Weise, wie die Osterweiterung gestaltet wurde. Einmal aufgenommen, kann ein Mitglied Grundregeln der EU in erheblichem Masse verletzen, ohne Sanktionen zu gewärtigen. Monitoring-Berichte zu Korruption wie im Falle Bulgariens und Rumäniens haben sich als zahnlos erwiesen.

Gegen den vordringenden russischen Einfluss – so man ihn nicht aus gezieltem Interesse herunterspielt – scheint kein Kraut gewachsen. Er operiert auf vielfältige Weise. In zahlreichen Ländern sind offen prorussische Präsidenten oder Ministerpräsidenten an der Macht (so in Griechenland, Bulgarien, Serbien, Rumänien, Ungarn, der Slowakei, der Tschechischen Republik), wobei sie diese bisweilen mit prowestlichen oder neutralen Kräften teilen. Prorussische Parteien – in Bulgarien sind es gleich deren vier – sind in den meisten Parlamenten aktiv.

In Staaten mit russischen Minderheiten ist die Unterwanderung staatlicher und wirtschaftlicher Strukturen noch einfacher als anderswo – man denke an Lettlands drittgrösste Bank und ihre Geldwäsche-Geschäfte mit der Ukraine und Russland oder die Ausplünderung von Sparern (die Summe entsprach 12 Prozent des BIP) in der Republik Moldau durch heimische Oligarchen. In den orthodoxen Staaten wie Griechenland betreibt Russland eine konfessionalistische antiwestliche Propaganda, in den slawischen Staaten wie Bulgarien oder Mazedonien betont es die gemeinsame Sprachkultur. Dass sogar im traditionell russlandkritischen Rumänien die Erzählung von einer orthodoxen Gemeinschaft verfängt, ist ein junges Phänomen.

Blinde Parteilianzen

Russlands Expansion ist aber kein Selbstläufer. **In Griechenland, Bulgarien, Mazedonien oder Serbien** gibt es starke Strömungen in der Bevölkerung, die russischen Schalmeienklängen nicht folgen mögen.

Vor allem aber ist Russland nicht aus sich stark. Ermöglicht wird sein Einfluss durch die **Zerstörung des Rechtsstaates**, an der in der Regel korrupte politische Eliten ein grosses Interesse haben.

Offmals erst ermöglicht wird die Korruption durch EU-Mittel wie im Falle Orbans Ungarn.

An deren Verwendung etwa bei Infrastrukturvorhaben sind meist Firmen aus den alten Mitgliedstaaten beteiligt. Banken und Unternehmen aus dem Westen haben somit Anteil am Entstehen korrupter Strukturen. Dazu tragen auch europäische Politiker bei, so die Parteienfamilien im Europäischen Parlament. Konservative legitimieren Viktor Orban, Sozialdemokraten die rumänische Kleptokratie. Westliche Eliten unterminieren so aus kurzsichtiger Gier den Aufbau stabiler Rechtsstaaten im Osten der EU und legen Russland den roten Teppich aus. Auch die Schweiz trägt hier Verantwortung.

Wer liberale Demokratien stärken will, muss diese den ganzen Kontinent überspannenden Netzwerke identifizieren und bekämpfen. Die EU hat die Möglichkeit, den russischen Einfluss zurückzudrängen. Dazu gehört in erster Linie der Schutz robuster Institutionen. Nur so entsteht gesellschaftliches Vertrauen. Nur auf dieser Grundlage ist der Exodus von Millionen Bürgern aus den östlichen EU-Staaten zu bremsen. Und nur auf der Grundlage eines stabilen Rechtsstaates gedeiht jener Geist, der gesellschaftlichen Wandel und offene Gesellschaften ermöglicht.

Russland besitzt sehr wohl «soft power»: Seine antiwestliche Propaganda verfängt.

Oliver Jens Schmitt ist Professor für Geschichte Südosteuropas an der Universität Wien.

Zum NZZ- Artikel vom 18. Juni 2018

Die Art und Weise, wie die EU-Technokraten die EU-Mittel verteilen, ist eine Einladung für jegliche Kreise, die ans Geld kommen wollen, ohne etwas dafür herzugeben.

Die EU-Gelder auf dem Wege der Technokraten – Projekt- Konzept auf Englischist - à priori ein Holzweg.

Die Ost-Kompetenz der selbstgefälligen EU-Bürokraten ist schwach auch, weil sie keinen Austausch unter den rasch vergessenen Front-Experten pflegen. *

Es kommt darauf an, ob sie noch lernfähig und -willig sind und die Mittel dazu haben.

Die Neureichen im Osten Europas haben hingegen sowohl die finanz. Mittel – auch von der EU, um Experten zu kaufen, sowie ihre alten Netzwerke, die sie pflegen und: Sie sind arrogant.

Denen kann keiner der EU-Superstars einen Eindruck machen.

Nach kurzer Zeit läuft das Spiel nach deren Diktion.

-----* Ich habe bereits 1994 ein EU-Netzwerk zum Austausch unter den Experten vorgeschlagen. Es wurde eher gekürzt und zwar überall- auch bei den Stabs der Medien.